



WIRTSCHAFTSBEIRAT  
BAYERN

# Ein Zukunftsplan für den Weg aus der Corona-Krise

**Soziale Marktwirtschaft bleibt das Erfolgsmodell**

München, im März 2021

**Ottostraße 5, 80333 München,**

**Tel: 089/ 24 22 86 0, Fax: 089/ 29 15 18, E-Mail: [info@wbu.de](mailto:info@wbu.de)**

**Präsidentin: Prof. Dr. Angelika Niebler, MdEP, Generalsekretär: Dr. Johann Schachtner**

---

## Inhaltsverzeichnis

<b>1. Worum es geht, wo wir stehen.....</b>	<b>3</b>
<b>2. Worauf es jetzt ankommt.....</b>	<b>4</b>
<b>3. Weltmarktfähigkeit Europas herstellen .....</b>	<b>4</b>
Souveränität durch Technologieführerschaft in Zukunftsfeldern.....	4
Echte Reformen statt immer mehr Schulden.....	5
Green Deal über Innovationen gestalten .....	6
Globalisierung vorantreiben statt in Renationalisierung flüchten.....	8
Binnenmarkt stärken .....	9
<b>4. Staat auf Kernaufgaben zurückführen, Haushalt konsolidieren .....</b>	<b>10</b>
Kurs solider Staatsfinanzen wieder aufnehmen.....	10
Qualitative Konsolidierung der öffentlichen Haushalte .....	10
Staatsbeteiligungen zügig zurückführen .....	10
Bewusstsein für das Eigentum als tragende Säule der Sozialen Marktwirtschaft schärfen	11
<b>5. Nationale Wachstumsstrategie angehen, Unternehmertum mobilisieren .....</b>	<b>11</b>
Rahmenbedingungen für Handwerk und Mittelstand .....	11
Steuer- und abgabenpolitisches Wachstumskonzept .....	12
Kapitalmarktkultur in Deutschland stärken.....	13
Sichere, umweltschonende und preisgünstige Energieversorgung .....	14
<b>6. Digitalisierung beschleunigen.....</b>	<b>14</b>
<b>7. Kreative Potenziale der Menschen freisetzen, Arbeitswelt der Zukunft gestalten .....</b>	<b>16</b>
Bildung zur obersten Priorität machen .....	16
Auf dem Arbeitsmarkt für Flexibilität und Sicherheit sorgen .....	17
<b>8. In der Außen- und Sicherheitspolitik handlungsfähig werden.....</b>	<b>17</b>
<b>9. Ausblick .....</b>	<b>19</b>

## 1. Worum es geht, wo wir stehen

Gesellschaft und Wirtschaft in Deutschland, Europa und global haben unter der Corona-Krise und den notwendigen Lockdowns in einem ungeahnten Ausmaß gelitten. Neben der Bekämpfung der Pandemie gilt es jetzt, Deutschland und Europa **aus dem Rettungsmodus zügig herauszuführen** und **mit einem Zukunftsplan für neue Perspektiven zu sorgen**.

Die Politik hat die Wirtschaft in der Krise durch eine Vielzahl notwendiger Maßnahmen und mit viel Geld stabilisiert. Aber das **kann Wertschöpfung nicht ersetzen**. Der Impfstoff ist die Grundlage für eine dauerhafte Erholung. Ein **Selbstläufer ist der Aufschwung aber nicht**. Im Gegenteil: Das Risiko einer Corona-Sklerose ist hoch. Staaten haben hohe Schulden, das Kapital vieler Unternehmen ist aufgezehrt, viele kämpfen um die Existenz. Die Industrie geriet schon im Jahr 2018, also lange vor der Corona-Krise, in die Rezession. Der Welthandel leidet. Protektionismus ist weiter en vogue. Der Staatseinfluss auf die Wirtschaft ist enorm gewachsen. Für eine langfristige Gesundung der Wirtschaft sind **strukturelle Reformen** erforderlich.

Die Pandemie hat nicht nur geopolitisch die Karten neu gemischt, sondern auch die **Marktmacht einzelner Anbieter massiv gestärkt**. Wirtschaft ist mehr und mehr **datengesteuert**. **Plattformen** sind durch die Krise noch stärker zum **Gatekeeper** geworden mit der Gefahr der Behinderung des fairen Marktzugangs für mittelständische Unternehmen bzw. der Beeinträchtigung fairer Wettbewerbsbedingungen.

Die **Geldpolitik** der EZB hat in dem Bestreben, kurzfristige Probleme durch Null- und Negativzinsen und immer höhere Käufe von Staatsanleihen zu lösen, fundamentale längerfristige Probleme geschaffen: Einen Geldüberhang mit einem – auch an historischen Maßstäben gemessen – hohen Inflationspotenzial und die Bildung von Blasen bei Immobilien und Finanzanlagen mit Risiken für die Finanzstabilität. Die weitgehende Abschaffung des Zinses als marktwirtschaftliches Steuerungselement trägt zu einer strukturellen Wachstumsschwäche bei (siehe Erfahrungen in Japan) und vermindert den Anreiz der EU-Staaten, durch politisch schwierige Reformen die Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern.

Der **Kampf gegen den Klimawandel** bleibt **eine der herausragenden Aufgaben unserer und der nachfolgenden Generationen**. Unilaterale Alleingänge Europas sind aber nicht zielführend, wenn andere Länder die Brennstoffe kaufen können, die Europa freigibt. Deswegen sind weltumspannende Vereinbarungen, die verbindliche Mengenbeschränkungen beim CO<sub>2</sub>-Ausstoß vorsehen, unerlässlich. Durch den Emissionshandel lassen sich die Anpassungsprozesse effizienter steuern als durch Ge- und Verbote, die ein Wissen voraussetzen, das die Politik gar nicht haben kann. Auch nach der Pandemie ist auf klimaneutrales, nachhaltiges Wirtschaften hinzuwirken durch marktwirtschaftliche Instrumente und technologie neutrale Innovationsförderung.

## 2. Worauf es jetzt ankommt

Die Politik muss durch **Freiräume und Flexibilität für Unternehmen** den Weg freimachen für Existenzgründer, private Investitionen und Innovationen, für neue Geschäftsmodelle – kurz für mehr nachhaltiges Wachstum. Auch staatliche Investitionen in moderne Infrastrukturen müssen dieses Wachstum unterstützen. Die Mittel aus dem europäischen Wiederaufbaufond, die in die einzelnen Mitgliedstaaten zur Bewältigung der Auswirkungen der Corona-Krise fließen, müssen Wachstum und Wertschöpfung in der EU fördern und sind daher auf produktionsfördernde, nachhaltige und den digitalen Wandel begleitende Modernisierungsmaßnahmen auszurichten.

Krisenmanagement muss auch im Auge behalten, **wo (neue) Wertschöpfung entsteht**. Wir haben in Deutschland und in der EU eine starke industrielle Basis. Das Verarbeitende Gewerbe trägt die ganze Volkswirtschaft. Die politischen Rahmenbedingungen – gerade auch im Hinblick auf die Umsetzung des Green Deals und die Digitalisierung – müssen darauf ausgerichtet werden, dass diese Basis auch in einer datengetriebenen, ökologisch ausgerichteten Ökonomie gestärkt wird. Regulatorische Vorgaben dürfen nicht dazu führen, dass industrielle Wertschöpfung außerhalb der Europäischen Union stattfindet.

Von **Europa** und insbesondere von **Deutschland**, als dem bisherigen wirtschaftlichen Motor der EU, wird erwartet, dass es nicht nur die Finanzkraft hat, Pandemien aufzufangen und (echte oder hochgespielte) soziale Probleme im Inneren finanziell auszugleichen, sondern dass es einen erheblichen Beitrag zur Bekämpfung weltweiter Armut, zur Linderung der Nöte von Migranten und Bekämpfung der Migrationsursachen leistet. Auch beim Klimaschutz in wirtschaftlich schwächeren Regionen wird Hilfe erwartet. Derartige Erwartungen zu erfüllen, ist schon in normalen Zeiten finanziell schwierig, ohne einen marktwirtschaftlichen, umweltschonenden Weg in der Klimapolitik aber unmöglich.

## 3. Weltmarktfähigkeit Europas herstellen

Europa hat mit dem Binnenmarkt weltweit Gewicht. Nur mit mehr Wettbewerbsfähigkeit, mehr Innovationsdynamik, finanzpolitischer Solidität und einem gemeinsamen Handeln und Auftreten (Bsp. Brexit) kann dieses Gewicht weltweit auch zur Geltung kommen und Standards setzen.

### Souveränität durch Technologieführerschaft in Zukunftsfeldern

Europa muss den **Wettbewerb mit den USA und China um Technologieführerschaft** bei Digitalisierung, Künstlicher Intelligenz und Quantencomputing aber auch bei Umwelttechnologien und Energietechnik (z. B. Wasserstoff) etc. beherzt annehmen, weil in diesen Feldern die Zukunft liegt. Das Ziel, hier internationale Souveränität zu erreichen, ist richtig. Der Weg dazu führt aber nicht über Abschottung, Protektionismus, Staatswirtschaft oder politisch geformte nationale oder europäische Champions. Die effektivere Strategie ist es, die **Innovationsdynamik** zu beschleunigen und die **Standortbedingungen** in Europa für

Forschung und Entwicklung, für Investitionen in Produktion und Dienstleistungen sowie für Unternehmensgründungen und ausländische Direktinvestitionen zu verbessern, offene Märkte aufrechtzuerhalten, den Freihandel mit anderen Regionen aktiv zu gestalten und diese Zukunftsthemen gemäß den europäischen Werten (Bürgerrechte, DSGVO etc.) zu gestalten. Ein zentralplanerischer Gestaltungswille auf der Ebene der EU wäre dabei schädlich.

**Aufgaben für die EU** liegen z. B. im Aufbau **europäischer Datenräume**, speziell der Schaffung eines Schengen-Raums für den Datenverkehr. Die EU Data Strategy, der EU Data Governance Act, der Data Market Act etc. gehen in die richtige Richtung. Im Kompetenzbereich der EU liegt auch das Setzen von **Standards** regulatorischer oder technischer Natur in internationalen Gremien (z. B. bei Chip-Design und -Architektur oder bei den Vorgaben für Gesichtserkennung, Gaia X).

Die Mittel des **Recovery Fonds** sind für Infrastruktur (Digitalisierung, Energie, Mobilität etc.) sowie Forschung und Entwicklung in Zukunftstechnologien einzusetzen, nicht für Strukturkonservierung. Ihre bestehenden Budgets sollte die EU stärker umschichten, weg von Subventionen, hin zu Forschung und Entwicklung. Wenn es um Technologieführerschaft geht, liegt entsprechend dem Subsidiaritätsprinzip viel aber auch in der Verantwortung auf nationaler Ebene. So sollten die Mitgliedstaaten ihre nationalen Budgets **für Forschung und Entwicklung** in technologischen Zukunftsfeldern kräftig aufstocken, so dass sich im Wettbewerb der Staaten bestmögliche Lösungen erreichen lassen.

Es gilt zudem, gemeinsame europäische Strategien für **Cyber-Sicherheit** zu entwickeln und eine ganzheitliche digitale Sicherheitsarchitektur für Europa zu schaffen. In einem europäischen Datenraum müssen der Zugriff ebenso wie die Sicherheit der Daten und auch die Souveränität der Nutzer im Fokus stehen.

Auch hat die EU eine Aufgabe bei der Herstellung **grenzüberschreitender Infrastruktur**, vor allem in Energienetzen, Hochgeschwindigkeitsbahnen und Train Control Systems, Schienen-Cargo-Transportsystemen, Glasfasernetzen, Internationalen Internetknoten, Flugstraßen und Flugkontrollsystemen, Wasserstoff-Pipelinennetzen. Solche grenzüberschreitenden Maßnahmen helfen kleinen Ländern den Nachteil ihrer fehlenden Netzwerkkompetenz zu überwinden. Deutschland wird davon profitieren, weil es, in der Mitte gelegen, von der Prosperität seiner Nachbarn profitiert.

Es gilt, eine gemeinsame europäische Strategie für den **Weltraum** weiterzuentwickeln und umzusetzen: Mit den Programmen Galileo für die Satellitennavigation und Kopernikus für die Erdbeobachtung haben wir bereits ein gutes Fundament gelegt.

### Echte Reformen statt immer mehr Schulden

Eine exzessive **Schuldenpolitik** und ein massiver Einsatz der **geldpolitischen Druckerpresse** führen ins Abseits. Der Weg in die **Transfer- und Schuldenunion** ist zu stoppen, weder ein dauerhafter Aufbaufonds, noch ein Schuldenerlass sind akzeptabel. Es ist dringend erforderlich, den EU-Fonds „Next Generation“ auch rechtlich als einmalige Solidaritätsaktion zur Bekämpfung der Corona-Folgen zu kennzeichnen und nicht – wie in vielen europäischen

Hauptstädten erwartet – als Modell für die zukünftige Bewältigung kleiner und mittlerer wirtschaftlicher Einbrüche zu sehen. Die Verfasser des Maastrichter und Lissaboner Vertrags haben gewusst, warum sie die Europäische Union auf eine klare Abgrenzung der Kompetenzen (Prinzip der speziellen Einzelermächtigung) und auf finanzielle Eigenverantwortung der Mitgliedstaaten („no bail out“) aufgebaut und nicht als Transfergemeinschaft entwickelt haben: Nach historischen Erfahrungen (USA, Schweiz, Kanada) und ökonomischem Wissen sind diese Prinzipien notwendige Voraussetzungen für eine langfristige, politisch stabile überstaatliche Gemeinschaft! Nur die Durchsetzung der No-Bail-Out-Regeln wird gefährdete Länder motivieren, längst überfällige Reformen zur Wiederherstellung ihrer Wettbewerbsfähigkeit zu ergreifen und sich aus einer Dauer-Almosen-Empfänger-Rolle herauszuarbeiten.

Europa braucht einen Neuanlauf für echte Reformen. Die **Einheit von Handlung, Risiko, Haftung** ist wiederherzustellen. Hilfen sind streng zu konditionieren, überschuldete Länder müssen eine realistische Perspektive auf Konsolidierung eröffnen. Bei der geplanten „Konferenz zur Zukunft Europas“ ist deshalb darauf zu achten, dass die historischen Erfolge des Maastrichter Vertrags, die Festlegung auf eine „Marktwirtschaft mit offenem Wettbewerb“, auf klare Kompetenzabgrenzung und finanzielle Eigenverantwortung nicht aufgeweicht oder einem „stillen Verfassungswandel“ geopfert werden. Die „blinden Flecken“ im europäischen Kompetenzgefüge sind nicht zu wenig Gemeinschaftshaftung und Transferelemente, sondern zu wenig gemeinschaftliche Verantwortung in der Außen- und Sicherheitspolitik, von der Bewältigung der Migrationsströme über die Cybersicherheit bis zur militärischen Sicherheit als europäischer Pfeiler innerhalb der NATO. Die EU muss das Subsidiaritätsprinzip strikt einhalten, z. B. in der sozialen Sicherung (Mindestlohn).

Nach den vielen Schritten in Richtung einer Fiskalunion sollte nun ein großer Schritt in Richtung einer **Verteidigungsunion** getan werden. Er ist deshalb notwendig, weil eine politische Union ohne eine gemeinsame Armee unter Einschluss der von der EU zu kontrollierenden Force de Frappe undenkbar ist. Noch mehr Elemente einer Fiskalunion zu errichten, ohne dass Frankreich die Gegenleistung einer Verteidigungsunion unter Kontrolle der EU akzeptiert, hieße nur, eine solche Verteidigungsunion und damit die politische Union immer unwahrscheinlicher zu machen. Letztlich geht es um eine Gegenseitigkeit zwischen den Frankreich-affinen Ländern und den kulturell und geographisch eher Deutschland zugeneigten Ländern. Es verlangt zwingend die Gleichgewichtung und Gleichzeitigkeit von Leistung und Gegenleistung.

### Green Deal über Innovationen gestalten

Das Ziel, bis 2050 in der EU die **CO2-Emissionen** deutlich zu senken, ist richtig. Dabei muss es gleichzeitig gelingen, die großen Wirtschaftsblöcke der Welt auf gleiche Schritte zu verpflichten. Verzichtet nur die EU auf den Einsatz fossiler Brennstoffe, würden diese Brennstoffe über die Weltmärkte anderen Ländern zu günstigeren Preisen zur Verfügung stehen und dort zu höheren CO2-Emissionen führen. Was Europa einspart, würde woanders mehr verbraucht. Europa darf auch nicht riskieren, dass Wohlstand und Arbeitsplätze in konkurrierende Länder verlagert werden. Auch in der Klimapolitik ist deshalb die Reziprozität der Verpflichtungen unerlässlich. Entscheidend ist auch, wie das Ziel, die CO2-Emissionen bis

2050 zu senken, erreicht werden soll. Wir fordern marktwirtschaftliche, technologie neutrale Lösungen, die auch global Maßstab werden können. Denn der Klimawandel lässt sich nur global lösen.

**Klimapolitik** muss im Vertrauen auf die Kraft der Sozialen Marktwirtschaft erfolgen. Alle Bemühungen sind auf die Errichtung eines weltumspannenden **Emissionshandelssystems** zu konzentrieren, das einen einheitlichen CO<sub>2</sub>-Preis sicherstellt und das technologieoffen und sektorübergreifend Anreize für effiziente CO<sub>2</sub>-Minderungen sorgt. Ein wichtiger Schritt, weil schneller zu realisieren, ist die Verknüpfung bestehender Emissionshandelssysteme großer Volkswirtschaften. Auch wenn ein solches System nicht so schnell errichtet werden kann und sich die Länder zunächst nur gegenseitig verbindlich auf CO<sub>2</sub>-Einsparziele verständigen, wäre es sinnvoll, wenn Europa seinen Beitrag über ein europäisches Emissionshandelssystem erbringt. Den Versuchen, mit einer europäischen Wirtschaftslenkungs-Bürokratie („Taxonomie“) Kapital kleinteilig in bestimmte Bereiche und Projekte zu lenken, sowie eine Fülle sich überlagernder sektoraler und technologiebezogener Verbote, Steuern und Abgaben vorzusehen, sollte man dagegen widerstehen.

Klimapolitik muss mit der **Industrie** erfolgen und nicht gegen sie. Die europäische und die deutsche Industrie liefert mit ihren Innovationen die technischen Lösungen für die Klimapolitik, sie ist nicht das Problem, sondern die Chance, Industrieland zu bleiben und gleichzeitig die ökologischen Nachhaltigkeitsziele zu erreichen. Alle Anstrengungen, die CO<sub>2</sub>-Emissionen zu senken, müssen die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Industrie erhalten und dürfen sie nicht gefährden. Die Einführung eines CO<sub>2</sub>-Preises in Europa darf nicht dazu führen, dass industrielle Arbeitsplätze in Drittländer verlagert werden. Unternehmen, die im globalen Wettbewerb stehen, brauchen einen unbürokratischen Ausgleich, entsprechend der bisherigen Praxis durch verbilligte Zuteilung von Zertifikaten. Eine Grenzausgleichsabgabe (EU-Kommission „border adjustment mechanism“) müsste dagegen den CO<sub>2</sub>-Fußabdruck aller Importgüter einschließlich ihrer Lieferketten feststellen und wäre ein bürokratisches Monstrum, das zudem den Grundsätzen der WTO widerspräche und von unseren Handelspartnern als protektionistische Maßnahme und Ausstieg aus der Globalisierung gewertet würde.

Für ambitionierte Klimaziele muss der Staat aber wichtige Voraussetzungen schaffen: Elektromobilität braucht eine flächendeckende Ladeinfrastruktur, Wasserstoff braucht eine Wasserstoffinfrastruktur, eine Energiewende braucht erneuerbare Energien, eine Verlagerung der Transportverkehre braucht Schienen und Bahnhöfe. Staat und Politik müssen die notwendigen **Investitionen in die Infrastruktur** für die Transformation der Wirtschaft zügig umsetzen und für die notwendigen **privaten Investitionen** sind die **Rahmenbedingungen** rasch und durchgreifend zu verbessern.

Es ist **Technologieneutralität** in der Klimapolitik sicherzustellen und technologischen Übergangslösungen der Weg zu öffnen, beispielsweise bei der Entwicklung eines deutschen und europäischen Wasserstoffmarktes, für synthetische Kraftstoffe, für Technologien zur CO<sub>2</sub>-Reduktion oder zum Einfangen oder Binden von CO<sub>2</sub>. Die Mittel aus dem europäischen Wiederaufbaufonds sind zielgerichtet, u. a. auch für die Technologieförderung zur Erreichung der Klimaschutzziele, einzusetzen.

Wegen ihrer **internationalen Dimension** muss **Klimapolitik** zur Außenpolitik werden (CO<sub>2</sub>-Reduktionen sind in Schwellenländern einfacher, schneller, effektiver, billiger zu erreichen). Ein Weg könnten internationale Klimaallianzen/Klimaclub mit willigen Ländern sein, in denen aber die USA und China vertreten sein müssten. Internationale Erfolge beim Klimaschutz müssen in nationalen Bilanzen berücksichtigt werden.

Der Einstieg in die CO<sub>2</sub>-Bepreisung, wie in Deutschland durch die Einführung des Brennstoffemissionshandels-Gesetzes im Dezember geschehen, ist richtig. Notwendig ist es infolge, die Sonderförderung grüner Technologien über die **EEG-Umlage** in Deutschland abzuschaffen. Ein einheitlicher CO<sub>2</sub>-Preis über einen europäischen Emissionshandel würde die gewünschte Lenkungswirkung hin zu grünen Technologien effizienter realisieren. Die **Stromsteuer** ist zu reduzieren. Auch die **Energiesteuern** sollten in Bezug auf klimaneutrale Bestandteile von Kraft- und Brennstoffen auf das europarechtlich zulässige Maß gesenkt werden, um Bürger und Wirtschaft zu entlasten. Langfristig muss es Ziel sein, weitere Sektoren in den europäischen Emissionshandel zu integrieren.

#### Globalisierung vorantreiben statt in Renationalisierung flüchten

Eine höhere Resilienz der Wirtschaft wird durch stärkere **Diversifizierung der internationalen Wertschöpfungsketten** erreicht, in kritischen Segmenten aber auch durch Aufbau sicherer EU-Beschaffungsquellen. Grundsätzlich gilt: Weltweite Vernetzung und internationaler Handel waren seit jeher Erfolgsfaktoren für ein wirtschaftlich starkes Deutschland. Wir müssen unsere **Handelsbeziehungen weiter ausbauen**.

Die EU muss der Europastrategie Chinas eine **Chinastrategie** Europas entgegensetzen. Das Investitionsabkommen mit China erleichtert den Zugang zum chinesischen Markt und kann für fairere Wettbewerbsbedingungen sorgen. Deutsche Unternehmen haben trotz Abkommen aber immer noch gravierende Nachteile. Es ist erst ein Anfang. Für echte Reziprozität in den Wirtschaftsbeziehungen kommt es entscheidend auf die Umsetzung und weitere Schritte zu mehr Reziprozität an.

Europa muss eine möglichst enge Partnerschaft mit dem **Vereinigten Königreich** pflegen. Es ist zu begrüßen, dass es Ende 2020 noch zum Abschluss eines Handelsabkommens zwischen der EU und UK gekommen ist. Noch offene Fragen sind zügig zu klären. Es kommt jetzt auf die konkrete Umsetzung an. Erst dann entscheidet sich, ob es faire Wettbewerbsbedingungen zwischen der EU und UK geben wird.

Die **transatlantische Zusammenarbeit** muss auf neue Beine gestellt werden. Mit der neuen Biden-Administration eröffnet sich die Möglichkeit, unsere Handelsbeziehungen wieder zu vertiefen. Für die EU muss dies in der Handelspolitik oberste Priorität werden. Die Versuche, das unter der Regierung Obama in Angriff genommene TTIP-Abkommen zum Abschluss zu bringen, sollten unternommen werden.

Wir müssen – auch in den Mitgliedstaaten – den Mut aufbringen, die EU auf dem Weg zu neuen **internationalen Handelsabkommen** zu unterstützen, um dauerhaft Wachstumsfelder für Industrie und Mittelstand zu erschließen, internationale Emissionshandelssysteme



aufzubauen und die Festlegung von Standards, insbesondere für Digitalisierung und Plattformökonomie, nicht unseren Wettbewerbern zu überlassen. Ein Beispiel hierfür ist das Mercosur-Abkommen, das ausverhandelt ist, aber noch nicht abgeschlossen wurde.

### Binnenmarkt stärken

Um Europas Wirtschaft zu stärken, ist das **Europäische Wettbewerbsrecht** zu erneuern und auf globale Marktsituationen auszurichten. Politisch auf europäische Champions zu setzen, führt auf Abwege, weil damit die Gefahr marktbeherrschender Stellungen verbunden ist. Der Vergleich zwischen dem französischen und dem deutschen Wirtschaftsmodell zeigt in aller Deutlichkeit, dass damit auf die Dauer keine leistungsfähige Industrie aufgebaut werden kann. Wir müssen unsere mittelständischen Unternehmen, die schon heute im Weltmarkt vertreten sind, stärken und ihnen Marktzugang sichern.

Es ist ein europäischer **Energiebinnenmarkt** zu schaffen. Dazu ist sowohl eine EU-übergreifende Energie-Netzinfrastruktur wie auch eine EU-weit abgestimmte Energiepolitik zu schaffen. Auf nationaler Ebene gilt es, in **Deutschland** die absehbare Lücke in der gesicherten Leistung verlässlich zu schließen. Der Ausbau der **Übertragungs- und Verteilnetze** ist zu beschleunigen. Die **Gasnetze** müssen bereits heute auf den Transport von Wasserstoff vorbereitet werden.

Ebenso ist es notwendig, einen europäischen **Finanzbinnenmarkt** zu verwirklichen. Er ist für Wirtschaftswachstum und Wachstumsfinanzierung entscheidend. Dazu gehören **ein gemeinsamer Europäischer Kapitalmarkt** für Unternehmensanleihen, Lebensversicherungen, Pensionsversicherungen und Venture Capital. Ziel sollte sein, einen EU-Kapitalmarkt gemessen am BIP in der Größe der USA oder des Vereinigten Königreichs zu erreichen (d. h. zwischen 110 und 130 Prozent des BIP, die großen EU-Länder liegen heute zwischen 40 und 70 Prozent). Ein gemeinsamer Kapitalmarkt heißt aber nicht, dass sich überall gleiche Zinssätze herausbilden. Vielmehr verlangt er Zinssätze, die sich nach der Konkurswahrscheinlichkeit der Emittenten und nach der Höhe der Länderrisiken herausbilden, weil nur so eine effiziente Verteilung des verfügbaren Kapitals auf rivalisierende Verwendungen ermöglicht werden kann. Es ist sehr wichtig sicherzustellen, dass der einheitliche Markt nicht durch die Aktionen der europäischen Zentralbank oder fiskalische Schutzmechanismen so ausgebildet wird, dass es Emittenten gelingt, die Marktzinssätze zu unterlaufen.

Mit dem Aktionsplan „**The European economic and financial system – fostering openness, strength and resilience**“ macht die EU-Kommission einen großen Schritt in Richtung eines starken und effizienten EU-Finanz- und Binnenmarktes. Diesen Aktionsplan gilt es, zeitnah und konsequent umzusetzen. Ein integrierter EU-Bankenmarkt bringt Vorteile von ca. 95 Milliarden Euro jährlich für Bürger und Unternehmen, wie eine aktuelle Studie im Auftrag des Bankenverbandes ergab.

Die Beschränkungen der **Mobilität der Arbeitskräfte** müssen schnell und abgestimmt wieder aufgehoben werden. Bürokratische Hürden für Dienstreisen von bis zu 14 Tagen müssen auf Ebene der EU (z. B. keine Erforderlichkeit von A1 Bescheinigungen bei Dienstreisen von bis zu 14 Tagen) und der Mitgliedstaaten (z. B. keine nationalen Meldepflichten bei Dienstreisen von

bis zu 14 Tagen) aufgehoben bzw. wie im Fall der Umsetzung der revidierten Richtlinie ausgesetzt werden.

#### 4. Staat auf Kernaufgaben zurückführen, Haushalt konsolidieren

Bereits vor der Corona-Krise nahm der staatliche Einfluss auf Unternehmen und in alle Lebensbereiche immer weiter zu. Die Staatsquote lag bei 46 Prozent. Rettungspakete haben die Staatsschulden anschwellen lassen und den Einfluss des Staates auf die Wirtschaft weiter ausgedehnt. Es gilt, den Staat auf seine Kernaufgaben zurückzuführen und die öffentlichen Haushalte zu konsolidieren.

##### Kurs solider Staatsfinanzen wieder aufnehmen

Die **Schuldenbremse** darf nicht zur Disposition gestellt werden. Vielmehr sollte Deutschland darauf beharren, dass die bestehenden Verträge eingehalten und nicht mehr unterlaufen werden, wie das in den letzten Jahren in großem Umfang der Fall war. Mittelfristig ist die **Schuldenstandquote** wieder auf 60 Prozent, wie es im Maastrichter Vertrag für alle EU-Staaten verbindlich vorgeschrieben ist, zurückzuführen.

##### Qualitative Konsolidierung der öffentlichen Haushalte

**Transferausgabenanstieg und Subventionen** (Strukturerhaltung) sind zu begrenzen. Eine nachhaltige Reform der **Altersvorsorge** (z. B. Anhebung des Lebensalters für den Rentenzugang; sachkapitalgedeckte Säule mit kostengünstigen Standardverfahren und Wahlmöglichkeiten für zumindest teilweisen Verzicht auf Garantien zu Gunsten höherer Rendite) ist überfällig, eine zusätzliche Förderung privaten Wohneigentums sinnvoll. Ein **bedingungsloses Grundeinkommen** ist abzulehnen.

Die Mittel für **Forschung und Entwicklung und Innovationen** in Deutschland sind substantiell zu steigern, ebenso die Budgets für Investitionen, Infrastruktur, Sicherheit und Verteidigung.

##### Staatsbeteiligungen zügig zurückführen

Mit Anhalten der Corona-Krise geraten die Maßstäbe für das Eingreifen des Staates in die Wirtschaft ins Rutschen. Die Kriterien für **Beteiligungen des Staates** an Unternehmen sind zu schärfen und sehr restriktiv auszulegen. Zudem sind für realisierte Beteiligungen rasche Ausstiegsstrategien festzulegen.

Ein zentraler Punkt der nationalen Wachstumsstrategie muss darüber hinaus die Begrenzung der **Staatsquote** auf 45 Prozent und der **Abgabenquote** auf 40 Prozent sein, wobei die Differenz durch Gebühren und Beiträge statt durch die Staatsverschuldung auszugleichen ist. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die augenblickliche Situation eines relativ geringen Beitrags

zur Arbeitslosenversicherung nicht auf Dauer „fortgeschrieben“ werden kann und zusätzliche Leistungen in der Renten- und Pflegeversicherung nicht weiter auf den Haushalt und damit den Steuerzahler abgewälzt werden können.

### Bewusstsein für das Eigentum als tragende Säule der Sozialen Marktwirtschaft schärfen

Die Rolle des **Eigentums** für den Wohlstand der ganzen Gesellschaft droht aus dem Blick zu geraten. Die Debatte über ein „Verantwortungseigentum“ ignoriert die große Verantwortung, die **Familienunternehmen** mit ihrer großen Loyalität zu ihren Mitarbeitern/innen, zu unserem Land und zu unserer Gesellschaft übernehmen. Es ist ein Alarmzeichen, wenn laut über Enteignungen diskutiert wird oder der Bau von Einfamilienhäusern politisch in Frage gestellt wird. Mietpreismüssen, Mietendeckel oder Quasi-Teilenteignungen, wie sie mit der Münchner SOBON-Politik oder einem Vorkaufsrecht zu vorgegebenen „sozialen“ Preisen angestrebt werden, stellen einen Anschlag auf das Eigentum und damit auf die marktwirtschaftliche Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland dar. Dieser Entwicklung gilt es gegenzusteuern mit einem klaren Bekenntnis zum Eigentum.

### 5. Nationale Wachstumsstrategie angehen, Unternehmertum mobilisieren

Deutschland braucht dringend eine konsistente nationale Wachstumsstrategie, die über die üblichen Leitbegriffe von „Klima“ und „Digitalisierung“ hinaus folgendes enthalten muss:

#### Rahmenbedingungen für Handwerk und Mittelstand

Die Bundesregierung muss die politischen Rahmenbedingungen wieder so setzen, dass Handwerk und Mittelstand florieren können. Familienunternehmen sind standorttreu und loyal zu den Mitarbeitern/innen. Einmal mehr haben kleine und mittelständische Betriebe sich auch in der **Corona-Krise** als Stabilisator erwiesen. Das gilt auch für zahlreiche Unternehmen in Gastronomie, Tourismus, Einzelhandel, Messebau, Handwerk etc., die derzeit am meisten zu kämpfen haben. Bei vielen geht es um die Existenz. Der Staat hat eine Reihe von Hilfgeldern bereitgestellt, das stabilisiert. Oft kommen die Hilfen wegen einer ausufernden Bürokratie aber nicht an. Manche fallen durch das Raster. Was die Hilfen aber nicht ersetzen können, sind fehlende Umsätze. Wenn ein Betrieb nicht für die Zukunft kalkulieren kann, kann er keinen Investitionskredit verantworten. Je länger der Lockdown dauert, desto höher wird die Zahl der Insolvenzen ausfallen, desto mehr Betriebe werden still verschwinden. Dies führt unweigerlich zu einem nachhaltigen Anstieg der Arbeitslosenquote.

Der Mittelstand braucht klare **Perspektiven für den Weg aus der Corona-Krise** heraus. Viele Unternehmen haben im Laufe des letzten Jahres ausgefeilte Abstands- und Hygienekonzepte entwickelt. Sie bieten Sicherheit. Oft Personenunternehmen, vielfach Familienunternehmen, brauchen eine **schnelle und verlässliche Öffnungsperspektive**. Voraussetzung dazu ist eine effektivere und nachhaltigere Bekämpfung der Pandemie auf folgender Linie:

- **Testangebote** massiv und flächendeckend ausweiten und kostenlos anbieten.
- Konsequente **Nachverfolgung und Kontrolle** der Infektionen, umfassende Erfassung und Auswertung der Daten zu Corona. Dazu ist die **Digitalisierung der Gesundheitsbehörden und -ämter** mit Hochdruck voranzutreiben.
- Die Geschwindigkeit beim **Impfen** ist kräftig zu steigern. Andere Länder sind hier schneller und effizienter.

Eine effektivere Bekämpfung der Pandemie auf dieser Linie kann und muss einhergehen mit sicherheitsorientierten aber zügigen **Öffnungen von Wirtschaft und Gesellschaft** in Stufen anhand klarer Kriterien.

Es ist Zeit für ein weitreichendes **Belastungsmoratorium** für die Wirtschaft („Regulierungspause“). Eine weitere Welle ausufernder Bürokratie auf EU- und Bundesebene, wie sie mit dem Lieferkettengesetz und der Taxonomie für nachhaltige Finanzierung im Anrollen oder mit einem Recht auf Homeoffice geplant ist, ist für die Unternehmen nicht mehr tragbar.

Der **Solidaritätszuschlag** ist vollständig abzuschaffen. Das gäbe gerade vielen Familienunternehmen rasch, effektiv und unbürokratisch Spielräume, mit denen sie Unternehmenssubstanz und Arbeitsplätze erhalten und in neues Wachstum nach der Überwindung der Corona-Pandemie investieren könnten. Was bringen Rettungshilfen (die oft nicht ankommen), wenn auf der anderen Seite Steuererhöhungen in den Raum gestellt werden.

### Steuer- und abgabenpolitisches Wachstumskonzept

Ein **steuer- und abgabenpolitisches Wachstumskonzept** muss u. a. folgende Schritte umfassen:

- einen unbürokratischen und deutlich erweiterten **Verlustrücktrag** sowie eine zeitlich begrenzte Aussetzung der Mindestbesteuerung für Verlustvorträge;
- beschleunigte Abschreibungen;
- eine Besserstellung einbehaltener und **reinvestierter Gewinne von Personenernehmen** (Entbürokratisierung von §34 a EStG);
- eine wirksamere **steuerliche Forschungsförderung** ohne Korsett und Deckel, die auch FuE in digitalen Unternehmen inklusive der Investitionen in Personal umfasst;
- die Fortschreibung des ermäßigten **Mehrwertsteuersatzes** in der **Gastronomie**;
- mittelfristig sollte die Gesamtbelastung von Kapitalgesellschaften durch **Körperschaft- und Gewerbesteuer auf 25 Prozent** reduziert werden.

Die anhaltende Niedrigzinspolitik führt bei den Unternehmen in ihren Bilanzen zu **Belastungen bei den Pensionsrückstellungen**. Deshalb muss der aktuelle Abzinsungssatz der Rückstellungen für Betriebsrenten stabilisiert werden, bis eine neue Rückstellungsregelung gefunden ist.

Die aktuelle **Debatte um Steuererhöhungen** sowie vermeintliche Ungerechtigkeiten im Steuersystem und die damit ins Spiel gebrachten Pandemiezuschläge, Vermögenssteuern und

weiteren Steuererhöhungen geht in die falsche Richtung. Floriert die Wirtschaft, sprudeln die Steuereinnahmen. Dreht man umgekehrt an der Steuerschraube, erschläfft die Wachstumsdynamik. Die deutsche Wirtschaft konnte die Schuldenlast nach der Finanzkrise nur deshalb schnell beseitigen, weil bei guten Rahmenbedingungen (Agenda 2010) eine gute Konjunktur, niedrige Arbeitslosigkeit und eine gute Ertragslage dem Staat Steuereinnahmen in Rekordhöhe beschert haben und Konsum und Investitionen sich positiv entwickelt haben.

**Existenzgründer** sind durch **Steueranreize für Investitionen** in Wagniskapital zu fördern. Dazu gehört die Möglichkeit des Verlustvortrages, denn ihnen bringt der Verlustrücktrag keine Vorteile, weil sie noch keine Gewinne hatten. Für viele neue Technologien, insbesondere im Bereich Digitalisierung und speziell im Bereich Künstliche Intelligenz, ist die Verfügbarkeit von Venture Capital der entscheidende Faktor im Wettbewerb zwischen USA, China und Europa. Um in Prozent des BIP eine ähnliche Venture-Capital-Dynamik wie die USA zu erreichen, müssten die großen EU-Länder relativ zum BIP etwa um den Faktor 10 mehr an Venture Capital mobilisieren als sie es derzeit tun. Das gilt allen voran für Deutschland.

Die Reform der **Grundsteuer** nach dem bayerischen Gesetzentwurf sichert den Kommunen regelmäßige Einnahmen und schafft Gerechtigkeit und Vertrauen (Schutz vor übermäßigen Belastungen).

#### Kapitalmarktkultur in Deutschland stärken

Leistungsfähige Kapitalmärkte sind für Unternehmen wie für private Haushalte wichtig. Für die Unternehmen sind sie Basis der Finanzierung von Investitionen in innovative Produkte und damit sind sie auch Basis für die Schaffung zukunftsfähiger Arbeitsplätze. Private Haushalte profitieren über Geldanlagen am Kapitalmarkt von den Erträgen, die Unternehmen erwirtschaften, und können so ihre finanzielle Unabhängigkeit sichern, Vermögen aufbauen und für das Alter vorsorgen.

Deutschland hat jedoch nach wie vor Nachholbedarf in Bezug auf die Kapitalmarktkultur und verschenkt damit unnötig die Potentiale, die in leistungsfähigen Kapitalmärkten stecken. Dies gilt es zu ändern.

Das **Altersvorsorgesystem** muss durch ein **Ansparverfahren mit Sachkapital und insbesondere Aktien** ergänzt werden, um das gesetzliche System der umlagefinanzierten Rente zu stabilisieren. Das hilft nicht nur den Menschen, ihren Lebensstandard im Alter zu sichern, sondern ist auch die Basis für die Bereitstellung von Risikokapital an der Börse.

**Steuerpolitische Hemmnisse** für die Entwicklung der Kapitalmarktkultur müssen vermieden werden. Die mögliche Einführung einer Finanztransaktionssteuer auf Aktien lehnen wir ab. Der Solidaritätszuschlag auf Kapitalerträge sollte abgeschafft werden, denn seine Beibehaltung schadet vor allem den Sparern und sendet das falsche Signal. Der langfristige Aktienbesitz muss durch steuerliche Anreize gefördert werden, indem beispielsweise Veräußerungsgewinne nach einer bestimmten Haltedauer steuerfrei sind.

Kapitalmarktpolitik ist auch Politik der Unternehmensfinanzierung. Die Möglichkeiten, die Kapitalmärkte zur Bewältigung der Krise und zur Finanzierung von jungen, wachstumsstarken Unternehmen und Start-ups bieten, werden aber derzeit nicht ausgeschöpft. Die **rechtlichen Rahmenbedingungen für Kapitalerhöhungen** müssen deshalb reformiert werden, um Unternehmen schnellen und rechtssicheren Zugang zu Kapitalquellen zu bieten. Das ist auch ein Beitrag dazu, Börsengänge in Deutschland attraktiver zu machen.

### Sichere, umweltschonende und preisgünstige Energieversorgung

Eine neue Wachstumsdynamik kann nur entstehen, wenn sich die Wirtschaft in Deutschland nicht nur auf eine klima- und **umweltschonende, sondern auch auf eine sichere Energieversorgung mit international wettbewerbsfähigen Preisen** verlassen kann. Das ist aber nicht Fall. Mit dem gleichzeitigen Ausstieg aus Kernenergie und Kohle, gepaart mit einem Umstieg auf Elektromobilität und auf Wärmepumpen zur Gebäudeheizung entsteht eine gewaltige Stromlücke zwischen gesicherter Leistung und Höchstlast, für deren Minimierung wir noch immer kein verlässliches Konzept haben. Diese Lücke wird ohne Gegenmaßnahmen auch zu einem massiven Strompreisanstieg führen.

Der Wirtschaftsbeirat Bayern schlägt deshalb insbesondere vor:

- den Zubau von Gaskraftwerksleistung und Erneuerbare-Energieanlagen mit aller Macht zu befördern;
- den Ausbau des Übertragungs- und des Verteilnetzes sowie der Grenzkuppelstellen zu unseren Nachbarn mit mehr Hochdruck voranzutreiben;
- mit der Einführung des CO<sub>2</sub>-Preises die EEG-Umlage zügig abzuschaffen und die Stromsteuer zu senken; eine baldige Ausführungsverordnung muss energieintensiven Unternehmen die zugesagten Kompensationen sicherstellen;
- das Gasfernleitungsnetz und das Gasverteilstromnetz bereits jetzt für den Transport von Wasserstoff weiter zu entwickeln, dies gilt auch für Nordstream II, das für Deutschland einen wichtigen Beitrag zur Versorgungssicherheit leisten wird;
- es müssen bereits jetzt attraktive Rahmenbedingungen geschaffen werden für die Herstellung klimaneutraler Brennstoffe in Deutschland sowie für den Bezug solcher Brennstoffe von ausländischen Lieferanten.

Die Bundesrepublik sollte die **Erforschung alternativer Energiequellen**, die eine verlässliche, regelbare und grundlastfähige, CO<sub>2</sub>-freie Alternative zur Stromerzeugung tatsächlich bieten, vorantreiben. Dazu gehört auch die Forschung im Bereich der Kernfusion.

## 6. Digitalisierung beschleunigen

Die Corona-Krise hat gezeigt: Deutschland ist in der Digitalisierung nicht auf der Höhe der Zeit. Wir müssen die Digitalisierung beschleunigen.

Investitionen in **digitale Infrastruktur** sind mit Vorrang und massiv zu steigern. Wir brauchen einfachere, effizientere und schnellere Förder- und Genehmigungsverfahren beim Ausbau

digitaler Infrastrukturen. Wir müssen zudem für den Aufbau von Großrechenzentren und Quantencomputerzentren, die Cloudservices und Datenspeicherung in Deutschland ermöglichen, sorgen. Diese werden meist nahe der großen internationalen Internetknoten gebaut. Bisher hat die EU solche Knoten in Amsterdam und Frankfurt. Weitere Internetknoten sollten aufgebaut werden.

Die öffentliche Verwaltung ist bis 2025 flächendeckend und vollständig auf **eGovernment** unter Einbindung privatwirtschaftlicher Unternehmen umzustellen.

Wir müssen die internationale Führung bei **Zertifizierungsstandards** und **Cybersicherheit** ansteuern.

Wir müssen für sichere **digitale Identitäten** sorgen (Identifizierungssysteme, Ordnungsrahmen für Datenmärkte). Die digitale Identität ist eine grundlegende Infrastruktur, die Menschen für vielfältige Aktivitäten im Internet ein- und dieselbe Identität gibt. Damit ist es für die Menschen möglich, sich in verschiedenen Systemen und Plattformen mit einer Identität zu bewegen. Öffentliche Verwaltungen können so die Bürger auf digitalem Weg sicher und zuverlässig identifizieren und ihnen so den Zugriff zu eGovernment-Diensten ermöglichen. Der Vergleich zwischen der Bundesrepublik und Israel bei der Epidemie-Bekämpfung hat gezeigt, wie wichtig es im Krisenfall ist, über eine solche Identität zu verfügen, um im Katastrophenfall die nötigen Schutzmaßnahmen unverzüglich einleiten zu können.

Private Unternehmen und Technologieriesen sind bereits dabei, in großem Stil Daten zu sammeln und detaillierte Profile zu erstellen, um sie für Werbung zu nutzen. Es ist ein Anachronismus, dass sie einen Riesenvorsprung gegenüber den gewählten Regierungen haben aufbauen können. Regierungen sind ebenfalls dabei, Projekte zu entwickeln, um den Bürgern einen alternativen Identifizierungsvorgang anbieten zu können, doch sind sie bislang sehr zögerlich unterwegs. Damit die Digitalisierung sicher ist, braucht Deutschland, und eventuell auch die EU, ein durchgängiges digitales Identitäten-System. Ein System sicherer digitaler Identitäten würde die Digitalisierung systematisch befördern und ihre Verbreitung beschleunigen.

Dank neuer technologischer Entwicklungen steht das Konzept der Self-Sovereign Identities (SSI) für ein Identitäts-Ökosystem mit den höchsten Verschlüsselungsmechanismen zur Verfügung, das auch die Anforderungen der DSGVO erfüllt. Als nächstes gilt es, ein neues System mit einheitlichen Standards und Protokollen aufzubauen. Europa hat mit dem European Self-Sovereign Identity Framework (ESSIF) bereits eine Basis gelegt. Jetzt gilt es, seitens der Regierungen die weiteren Forschungs- und Entwicklungsarbeiten und den Aufbau der notwendigen Infrastruktur voranzutreiben.

**Plattformen sind Gatekeeper** und verhindern zum Teil mittelständischen Unternehmen den Zugang zum Markt und das Anbieten ihrer Waren und Dienstleistungen zu fairen Wettbewerbsbedingungen. Das Kartellrecht alleine reicht nicht aus, um den unlauteren Wettbewerb der plattformgetriebenen Ökonomie zu begrenzen. Dem ist durch eine Regulierung auf europäischer Ebene gegenzustellen.

Um die Bürger bei der Digitalisierung „mitzunehmen“, sind bei der Einführung digitaler Verfahren die Kriterien der **Nutzerfreundlichkeit** und **Systemstabilität** zu beachten.

Digitalisierung soll die Lebensqualität der Bürger und die Wachstumschancen der Wirtschaft erhöhen, nicht jedoch den Vorwand zu einer Einschränkung von Freiheitsrechten bieten. Damit kann die digitale Transformation entlang der europäischen Werte gestaltet werden und so ein Alleinstellungsmerkmal und eine Blaupause für weitere Entwicklungen entstehen.

Bargeld ist und bleibt das Zahlungsmittel der Wahl. Aber digitale Bezahlmethoden werden beliebter. Die EZB und viele andere Zentralbanken verfolgen Pilotprojekte, digitales Zentralbankgeld zu emittieren. Mit der Einführung eines **digitalen Euro** kann Europa im Innovationswettbewerb mit USA und China nicht nur mithalten. Europa hat damit die Chance, Europäische Werte/Standards wie Stabilität der Währung, Datenschutz, Verbraucherschutz, Sicherheit für Anwender und Nutzer durchzusetzen. Zudem eröffnen sich industriepolitisch neue Geschäftsfelder für die Wirtschaft.

Die Einführung einer digitalen Währung („**digitaler Euro**“) darf aber nicht mit rechtlichen oder tatsächlichen Einschränkungen der Bargeld-Nutzung einhergehen. Bargeld kommt ohne störanfällige Infrastruktur aus und ist auch in Krisensituationen stets verfügbar. Bargeld kann nicht mit einem Federstrich abgewertet werden (wie zum Beispiel bei allgemeinen Negativzinsen auf digitales Geld). Beim Gebrauch von Bargeld können keine Verhaltensprofile der Nutzer angefertigt werden. Entscheidend ist vor allem, dass **Bargeld alleiniges gesetzliches Zahlungsmittel** bleibt. Andere Zahlungswege müssen abgeleitete Zahlungswege bleiben.

## 7. Kreative Potenziale der Menschen freisetzen, Arbeitswelt der Zukunft gestalten

Globalisierung, Digitalisierung, Klimawandel und der Umgang mit der Corona-Pandemie führen zu einem weitreichenden Umbruch in der Arbeitswelt. Die Arbeit wird uns dabei nicht ausgehen. Entscheidend ist, Menschen zum Wandel zu befähigen. Dafür ist es unerlässlich, dass der Staat seiner doppelten Verantwortung gerecht wird und für die dazu erforderliche Infrastruktur Sorge trägt und gleichzeitig die erforderlichen Inhalte im Bildungssystem verankert.

### Bildung zur obersten Priorität machen

Die Corona-Krise hat gezeigt, an den **Schulen** müssen digitale Kapazitäten und Kompetenzen kräftig ausgebaut werden. Die digitale Ausstattung muss verbessert und Lehrerinnen und Lehrer müssen adäquat vorbereitet werden. Schulen brauchen mehr Flexibilität, um die bestmögliche individuelle Förderung der Schülerinnen und Schüler sicherzustellen. Es gilt, eine digitale Spaltung an den Schulen zu verhindern.

Ein erneuerter Bildungskanon muss auch **digitale Kompetenzen** enthalten. Insgesamt sind die MINT-Fähigkeiten der Schüler in Deutschland zu stärken. Bei der Tertiärausbildung ist der Anteil der Ingenieure und Ingenieurinnen zu steigern. Diese Fächer gilt es, insbesondere auch für Mädchen und Frauen attraktiv zu machen.



Wir müssen den Bildungsföderalismus erneuern, indem z. B. ein nationaler **Bildungsgipfel** sich auf einen bundesweiten Digitalisierungsgrad verständigt.

Auch die **berufliche Bildung** muss auf die anstehenden Transformationsprozesse vorbereitet werden und lebenslanges Lernen fördern.

Das **Selbstverständnis zum lebenslangen Lernen** muss bereits in der Schule geschaffen und flächendeckend in der Gesellschaft etabliert werden. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssen in ihre individuelle Beschäftigungsfähigkeit investieren, um den Wandel aktiv mitgestalten zu können. Der Staat kann dafür attraktive Rahmenbedingungen schaffen.

### Auf dem Arbeitsmarkt für Flexibilität und Sicherheit sorgen

Unsere wichtigste Ressource sind die Fähigkeiten, Kompetenzen und die Kreativität unserer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Wir dürfen die Fähigkeiten und die Kreativität nicht beschränken, vielmehr brauchen wir Rahmenbedingungen, bei denen sich diese entfalten können.

Ein **bedingungsloses Grundeinkommen** und politische Vorgaben wie ein Recht auf Home-Office oder auf Nichterreichbarkeit setzen die falschen Anreize, werden der Vielfältigkeit der Situationen in den Betrieben und den Bedürfnissen der Beschäftigten nicht gerecht.

Damit die Beschäftigungschancen der digitalen Welt Wirklichkeit werden können, brauchen Unternehmen mehr **Flexibilität** und die Beschäftigten brauchen mehr **Zeitsouveränität** sowie mehr **Eigenverantwortung** in der Gestaltung der **Arbeitswelt** (u. a. Arbeitszeitgesetz).

Auch wenn moderne Technologien immer wieder mehr neue Arbeitsplätze geschaffen haben als vorhergesehen, führen sie immer auch zu Umschichtungen in den gefragten Talenten. Frühzeitige **Umschulungs- und Weiterbildungsinitiativen** müssen diese Umstrukturierung erleichtern.

Gleichzeitig sollte die Wertschätzung und Qualität **personalisierter Dienstleistungen** langfristig gesteigert werden. Die Ausbildung ist zu verbessern, damit entsprechende Löhne gezahlt werden können. Das gilt für die Gesundheitsvorsorge, die Kranken- und Altenversorgung, die Schulen und die Kinderbetreuung, die Erwachsenen-Bildung und vieles mehr.

### 8. In der Außen- und Sicherheitspolitik handlungsfähig werden

Innere und äußere Sicherheit zu bewahren setzt voraus, dass Polizei und Bundeswehr über beste technische Ausstattung verfügen. Die deutsche Sicherheits- und Verteidigungsindustrie ist zugleich die technologisch fortschrittlichste und innovativste weltweit, sie muss aber in der europäischen Arbeitsteilung immer um einen gerechten Anteil kämpfen und braucht dazu politische Unterstützung. Diesen Trumpf technologischer Stärke gilt es in der Sicherheits- und

Verteidigungspolitik auszuspielen. Die Sicherheits- und Verteidigungsindustrie ist systemrelevant für unser Land.

Um ihren Auftrag erfüllen zu können, braucht die Sicherheits- und Verteidigungsindustrie eine verlässliche und planbare Basis für ihre Auftrags- und Kapazitätsplanung. Dies umfasst die Bereiche Forschung und Entwicklung, Beschaffung, Rüstungsexport und europäische Kooperationen.

Die deutsche Sicherheits- und Verteidigungsindustrie zeichnet sich durch eine hohe Innovationskraft aus. Weite Bereiche ihres Know-hows stellen Schlüsseltechnologien für Deutschland dar mit hoher strategischer Bedeutung. Im Interesse staatlicher Souveränität und sicherheitspolitischer Handlungsfähigkeit sind diese Schlüsseltechnologien zu bewahren und ggf. zu erweitern.

Deutschland hat den Partnern in der NATO zugesagt, den Anteil der Ausgaben für Sicherheit und Verteidigung auf **Zwei-Prozent des BIP** zu erhöhen. Dieses Ziel ist forciert anzugehen. Deutschland muss die NATO-Fähigkeitsziele erfüllen.

Anspruchsvolle Aufträge erfordern beste Ausrüstung. Es ist wichtig, den **Etat für die Ausrüstung für Sicherheit und Verteidigung** auch in der Corona-Krise nicht nur zu halten, sondern weiter zu stärken. Für Schlüsselprojekte braucht die Industrie Planungssicherheit. Es geht hier um Zukunftssicherung für unser Land.

Um die High-Tech-Kompetenzen, die Innovationskraft und damit die technologische Souveränität zu erhalten, kommt der **FuE-Politik** eine zentrale Rolle zu.

**Europäische Rüstungskoperationen** auf Augenhöhe (PESCO, EDIDP, EDF) kann den europäischen Pfeiler in der NATO und die transatlantischen Beziehungen stärken. Die Bundesregierung muss dazu die Voraussetzungen schaffen durch eine klare Strategie, wie sich Deutschland bei den Rüstungskoperationsvorhaben bilateral wie auch im Rahmen der europäischen Programme einbringen kann.

Insbesondere im Bereich der **Sicherheits-/Verteidigungs-Elektronik und -Software** sollte Deutschland seinen Anteil erhöhen und ein Gleichgewicht mit Frankreich herstellen. Dazu gehören Sensorik- und Ortungssysteme, sichere digitale Communication- and Command-Systeme, elektronische Waffenleitsysteme, Luft- und Seeraum-Überwachungssysteme, aber auch Drohnen und Lenkwaffen. Viele dieser Fähigkeiten und Talente werden auch einen Know-how-Transfer in zivile Elektronik-Sektoren erzeugen.

Die Sicherheits- und Verteidigungsindustrie braucht eine klare und verlässliche Linie in der **Exportpolitik**. Damit Deutschland ein verlässlicher Partner in Europa bleibt, ist eine Harmonisierung der **europäischen Genehmigungsstandards** erforderlich. Deutsche Sonderwege und Alleingänge schneiden die deutsche Sicherheits- und Verteidigungsindustrie von europäischen Kooperationen und Lieferketten der zukünftigen Gestaltung der europäischen Sicherheit ab.

## 9. Ausblick

Deutschland und Europa haben ein hervorragendes Potenzial, die Herausforderungen der Corona-Pandemie, der Globalisierung, der Digitalisierung und des Klimawandels zu meistern und zu gestalten. Wir haben weltweit die innovativsten Unternehmen in Industrie, Mittelstand, Handwerk, und Dienstleistungen. Es gibt viele ideenreiche Existenzgründer in Bayern und Deutschland. Die Universitäts-, Forschungs- und Hochschullandschaft bietet der Wirtschaft neueste technologische Lösungen auf dem fortschrittlichsten Stand der Zeit. Innovationen sind unsere Stärke. Bestens qualifizierte und motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind die Garanten für den Erfolg unserer Unternehmen in der Welt. Wenn Deutschland und Europa es seitens der Politik schaffen, diesen Stärken unseres Landes den Weg frei zu machen, ist den Bürgerinnen und Bürgern Europas und Deutschlands eine Zukunft in Wohlstand, Lebensqualität und Sicherheit garantiert. Dafür soll dieser Zukunftsplan des Wirtschaftsbeirates Bayern einen Weg aufzeichnen und eine Orientierung geben.